

Es geht um ALLES!

Die eigentliche Brisanz vor Augen geführt

Seit der politischen Wende haben der Bund und die Braunkohleländer für die Braunkohlesanierung in der Lausitz und im mitteldeutschen Revier mehr als 11 Mrd. € eingesetzt und damit die Grundlagen geschaffen für eine nachfolgende Ansiedlung von Industrie und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz und Tourismus in der Region.¹ Neben den Nachsorgeverpflichtungen der Tagebautreibenden sind es die Steuerzahler gewesen, die diese Summe aufgebracht haben.

Und was macht man nun mit den Gewässern, die mit diesen Mitteln entstanden sind?

Am Beispiel Berzdorfer See belegt man sie mit fast 80 % Sperrzonen. Gleiche Tendenzen sind derzeit an allen Tagebaurestseen vorhanden. Führt man sich nun die 11 Mrd. € vor Augen, so wurden 8.800.000.000 € für Sperrzonen ausgegeben.

Nicht nur wir Angler sind betroffen!

Für den Tourismus und jegliche Wassersportnutzung wird gerade die Grundlage entzogen, nämlich die Seennutzung. Wer investiert schon gern an einem See, der vom Herbst bis zum Frühjahr sowie in den Nachtstunden nicht nutzbar ist? Auf der Ostsee würde niemand auf die Idee kommen, 80 % zu sperren. Und weil die Angelfischerei einen fischereilichen Hegeauftrag durchführt und somit durch das Raster der Allgemeinheit gefallen wäre, wurden von unseren Staatsbediensteten gleich einmal die Spielregeln geändert. Bevor man uns Anglern eine vernünftige Nutzung zugesteht, spricht man ihnen gleich alle Rechte aus dem Fischereigesetz ab, indem man die Hege ganz neu regelt.

Der Anglerverband „Elbflorenz“ Dresden e. V. hat Widerspruch gegen die Verfahren zur Erklärung der Schiffbarkeit am Berzdorfer See eingelegt. Diese Vorgehensweise genießt die Unterstützung des Landesverbandes Sächsischer Angler e. V. und der angeschlossenen Regionalverbände. Auch ein Klageverfahren gegen die Landesdirektion Sachsen und den Landkreis Görlitz werden wir nicht scheuen, um die Rechte unserer Mitglieder geltend zu machen.

Von unserem grünen Umweltministerium erwarten wir zurzeit nichts Konstruktives mehr. Eine gute Zusammenarbeit scheidet allein daran, dass 7 Jahre intensive Verhandlungen um den Hegeerlass nichts gebracht haben und die Hegebeteiligung unserer Angler trotzdem weiterhin abgesprochen wird. Jegliche fachliche Argumentation der sächsischen Anglerverbände wurde vom sächsischen Umweltministerium und von der Landesdirektion Sachsen genutzt, um Zeit zu gewinnen und sich juristisch aufzurüsten. Unsere Offenheit in der fachlichen und rechtlichen Argumentation wurde allein dafür verwendet, um eine Gegenargumentation gegen unsere Argumente aufzubauen. Als man das nicht mehr geschafft hat, wurden die Spielregeln einfach geändert. Plötzlich sind der Angler und die Gesamtheit der Angelfischerei fischereilich völlig unbedeutend.

Dabei gibt es zwei Seiten zu sehen. Es gibt diejenigen, die durch ihr aktives Tun gegen jegliche Landnutzung und auch gegen uns Angler arbeiten, so das grün geführte Ministerium selbst. Es gibt aber auch diejenigen, die dieses Ministerium in der Regierungskoalition gewähren lassen und sich somit für den Schaden, der angerichtet wird, in der Regierungskoalition mitverantwortlich machen. Am Ende wird keiner in der Öffentlichkeit sagen, es waren die Grünen, die Roten oder die Schwarzen in Sachsen. Es war die gesamte Regierungskoalition, die gewähren ließ, dass möglicherweise viele

¹ <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2019/11/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-5-bergbausanierung-lmbv.html>

Milliarden Euro fehlinvestiert wurden und die Förderung der ländlichen Region und des ehrenamtlichen Engagements nichts als Phrasen bedeuten. Doch muss es wirklich so weit kommen?

Der Opposition muss man wiederum herantreten, dass man hier für die Sache kämpfen muss und Mehrheiten für diese Sache auch überparteilich sinnvoll sind. Allzu oft wurden wichtige Sachverhalte in der Vergangenheit parteipolitisch diskutiert. Nur weil eine Partei der vermeintlichen Gegenseite für etwas war, war man allein deswegen auf eigener Seite dagegen. Politik ist aus unserer Sicht allein dem Bürger verpflichtet und nicht der jeweiligen Partei!

Jeder Anglerverein, jede Anglerin und jeder Angler sollte infolge dieser Entwicklung zukünftig genau überlegen, wo bei den nächsten Wahlen das Kreuz gesetzt wird und Kontakt mit seinen Volksvertretern der Region aufnehmen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. In einem demokratischen System repräsentieren unsere gewählten Volksvertreter, sprich Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, die gesetzgebende Gewalt. Diese Vertreter sind in der Lage, grundhaft etwas zu bewegen und Mehrheiten in den Gremien zu finden, um das Grunddenken zu verändern. Schaffen wir das nicht, wird in naher Zukunft jeglicher Naturschutz ohne eine Landnutzung einhergehen.

Es geht dabei um nicht weniger als bei den Bauern, Forstwirten, Waldbesitzern und Fischern um ihre Existenz und bei uns Anglern um die Aussperrung von unseren Angelgewässern. Dieses Szenario ist keine düstere Zukunftsvision. Es passiert gerade jetzt vor unseren Augen, egal wie wir diese verschließen oder die skandalöse Entwicklung schönreden mögen.

Wir Anglerverbände werden weiterhin als starker Interessenverband bestehen und ein guter und zuverlässiger Partner für unsere Verpächter und die Behörden sein. Wir werden aber auch dann kämpfen und irgendwann einen Schlussstrich in Verhandlungen ziehen, wenn wir sämtliche Rechte verlieren. Schließlich sind wir ausschließlich unseren Anglern als Mitglieder verpflichtet! Diese Interessen werden wir auch nach außen vertreten.

Im Übrigen zahlt auch kein Mensch Miete und übernimmt sämtliche Kosten für eine 100 m² Wohnung, wenn mitten in der Vertragslaufzeit die Nutzung auf gerade einmal 21 m² festgesetzt wird. Genau das ist gerade am Berzdorfer See passiert!